21. Wahlperiode

Drucksache **21/5470**

HESSISCHER LANDTAG

03. 11. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hochschulpakt nachverhandeln statt schönreden: Gravierende Auswirkungen der schwarz-roten Kürzungen in der Hochschulfinanzierung werden sichtbar

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag kritisiert die massiven Kürzungen, die die schwarz-rote Landesregierung in den letzten Jahren im Bildungsbereich insgesamt und speziell im Bereich der Hochschulfinanzierung vorgenommen hat. Bereits im Nachtragshaushalt 2024 hat die Landesregierung über 30 Millionen Euro bei den Hochschulen gekürzt. Im Haushaltsjahr 2025 mussten die Hochschulen aus ihren Baurücklagen einen Zwangskredit an das Land in Höhe von fast 500 Millionen Euro leisten. Zusätzlich sind die Hochschulen der einzige Bereich der Landesverwaltung, der die Personalkostensteigerungen aus Tarif- und Besoldungserhöhungen der letzten Tarifrunde in Höhe von jährlich circa 140 Millionen Euro aus eigenen Mitteln stemmen soll. Der neue Hochschulpakt für die Jahre 2026 bis 2031 ist mit einer Kürzung von circa 30 Millionen Euro gestartet und auch die geringen nominalen Aufwüchse der Folgejahre reichen bei weitem nicht aus, um die Kürzungen und die erwarteten Inflations- und Tarifkostensteigerungen der nächsten Jahre auch nur ansatzweise auszugleichen und kommen somit realen Kürzungen gleich. Entsprechend halten die Zielvereinbarungen zwischen Wissenschaftsministerium und Hochschulen auch massive Personaleinsparungen als Ziel fest. Hinzu kommen Kürzungen bei zentralen Zukunftsprogrammen, wie dem Forschungsförderprogramm LOEWE und dem Digitalpakt. Das zunächst geplante COME+-Programm mit 100 Millionen Euro zur energetischen Sanierung für die Jahre 2025 und 2026 wurde ganz gestrichen. Und auch die Mittel für den Hochschulbau werden in der dritten Förderperiode von HEUREKA ab dem kommenden Jahr durch die Streckung der Laufzeit de facto halbiert. Deshalb ist festzustellen, dass Bildung, Wissenschaft und Forschung unter CDU und SPD in Hessen keine Priorität haben.

2. Der Landtag zeigt sich besorgt angesichts der gravierenden Auswirkungen, die sich aufgrund dieser massiven Kürzungen an den hessischen Hochschulen inzwischen abzeichnen: Die Hälfte der Hochschulen hat auf die Kürzungen mit Stellensperren reagiert. Bereits zum 1. Februar 2026 hat sich die Zahl der Stellen für Tarifpersonal an den Hochschulen um knapp 320 reduziert. An der Goethe Universität Frankfurt wird über die Streichung von 60 Professuren diskutiert. An der Universität Kassel werden 28 Professuren gestrichen. Die TU Darmstadt hat zwei Institute geschlossen. Neben den Beschäftigten sind die Hauptleidtragenden der schwarz-roten Kürzungspolitik die Studierenden. Zum einen führen die Kürzungen beim Personal zu schlechteren Studien- und Betreuungsbedingungen. Zum anderen fallen zum Teil ganze Studiengänge weg oder die Studienplatzkapazitäten sollen deutlich reduziert werden, unter anderem auch in Mangelbereichen wie dem Lehramt oder der Geburtshilfe. Allein an der Goethe Universität Frankfurt wurden bereits 455 Studienplätze abgebaut. Fast alle Hochschulen planen die Streichung oder Zusammenlegung von Fachbereichen und Instituten. Mit ihrem abrupten Spardiktat zerstört die Landesregierung Ausbildungs- und Karriereperspektiven für die talentiertesten und klügsten Köpfe in unserem Land, verschärft den bereits bestehenden Fachkräftemangel und schadet damit der Zukunft des Hochschul-, Forschungs- und Wirtschaftsstandorts Hessen.

3. Der Landtag kritisiert in diesem Zusammenhang darüber hinaus, dass die Landesregierung die Große Anfrage, Drucksache 21/3636, zu den konkreten Auswirkungen des Hochschulpakts an den einzelnen Hochschulen in zentralen Punkten nicht beantwortet hat. Die auch im Zusammenhang mit den öffentlich berichteten Kürzungsplänen an der Goethe Universität Frankfurt zum Ausdruck gebrachte Haltung des Schönredens und Verschleierns der Konsequenzen der eigenen Kürzungspolitik wird nicht dazu beitragen, die Probleme und Herausforderungen an unseren Hochschulen zu bewältigen. Die Landes-

Eingegangen am 3. November 2026 · Ausgegeben am 3. November 2026

Druck und Auslieferung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden

4. regierung darf die Augen vor der Realität nicht weiter verschließen und muss vielmehr die im Hochschulpakt ausdrücklich vorgesehene Möglichkeit zur Nachverhandlung nutzen, um einen weiteren Abwärtstrend am Hochschul- und Wissenschaftsstandort Hessen zu verhindern.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 3. November 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)